

## Die Regierung und die konservative Partei.

Die jüngsten Verhandlungen im Abgeordnetenhaus haben eine Bedeutung gewonnen, welche über das eigentliche Interesse des zunächst vorliegenden Gegenstandes weit hinausreicht.

Der Provinzialfonds für Hannover ist der Anlaß zu einer wichtigen und möglicherweise folgenreichen parlamentarischen Verwicklung geworden: die Stellung des Ministeriums und der konservativen Partei, welche bisher die hauptsächlichste Stütze desselben im Landtage war, ist dabei zu lebhafter Erörterung gekommen.

Die eindringlichen Vorstellungen, welche der Minister-Präsident Graf Bismarck in Bezug auf die Nothwendigkeit eines festen Anschlusses an die Regierung behufs Vermeidung innerer Schwankungen ergehen ließ, haben einen tiefen Eindruck nach allen Seiten hervorgebracht; und dieser Eindruck ist durch den unmittelbar darauf angekündigten Entschluß des Minister-Präsidenten, sich auf einige Zeit von den Geschäften zurückzuziehen, noch erhöht worden. Es ist nicht zu verkennen, daß das Bedürfnis nach Erholung für den Minister in diesem Augenblick vorzugsweise durch die Reibungen der Staatsmaschine herbeigeführt worden ist, welche nach seinen neuerlichen Andeutungen aus der Unsicherheit und den Schwankungen der Mehrheit im Parlament entstehen und auch die kräftigste Natur zu erschüttern geeignet sind.

Wie aber konnte es gerade bei der Frage des Provinzialfonds zu so tief eingreifenden Erörterungen kommen?

Die Stimmführer der konservativen Partei versichern ausdrücklich: die Frage habe für das konservative Gewissen keine überwiegende Bedeutung, man habe grundsätzlich ebenso gut für wie gegen den Provinzialfonds stimmen können.

Wie hat es geschehen können, daß man es in einer solchen grundsätzlich gleichgültigen Frage bis zu einem bedauerlichen Konflikt mit der Regierung kommen ließ?

Die schwere Verirrung ist augenscheinlich dadurch entstanden, daß die Partei, welche sonst die Unterstützung der Regierung nach Pflicht und Gewissen als eine ihrer Hauptaufgaben erkannte, in diesem Falle nicht gebührend berücksichtigt hat, welche Bedeutung die Regierung der Frage, um die es sich handelte, ihrerseits beilegen zu müssen glaubte.

Die Regierung hat freilich vom ersten Augenblick keinen Zweifel darüber bestehen lassen, daß sie die Angelegenheit des Provinzialfonds für Hannover eben so wie die der Abfindung der entthronten Fürsten als ein Glied in dem Zusammenhang ihrer nationalen Politik behandelt wissen wollte. Eben so wie der Minister-Präsident in Betreff der Ausgleichung mit den Fürsten die Forderung stellte, daß man nicht ein einzelnes Stück seiner Politik aus dem Zusammenhang herausreißt und verwerfe, während man sich den Anschein gebe, die Gesamtpolitik zu billigen, mit demselben Rechte legte er schon bei den Vorberathungen über den Provinzialfonds für Hannover den größten Werth auf die politische Bedeutung der Sache nicht bloß für die neu erworbene Provinz, sondern für den Eindruck in ganz Deutschland. Die Regierung berief sich ferner darauf, daß eine ausdrückliche königliche Zusage an die hannoverschen Stände ertheilt sei, deren Nichterfüllung den übelsten Eindruck machen würde. Endlich stand die Frage im engsten Zusammenhang mit der laut verkündeten Absicht der Regierung, eine größere Selbstverwaltung in den einzelnen Provinzen anzubahnen.

Diese Erwägungen waren unzweifelhaft so wichtig, daß diejenige Partei, welche der Regierung vorzugsweise als Stütze dienen will, sich denselben nicht hätte verschließen sollen.

Wenn das konservative Gewissen (wie allseitig versichert wird) mit der Bewilligung oder Verlagung des Provinzialfonds an und für sich Nichts zu thun hatte, so war es um so mehr Gewissenspflicht einer der Regierung nahe stehenden Partei, bei ihren Entschlüssen den politischen Gründen und Gesichtspunkten der Regierung volle Beachtung zu gewähren.

Die Regierung muthet, wie der Ministerpräsident wiederholt versichert hat, der konservativen Partei so wenig, wie einer anderen Partei zu, in irgend einer

Frage ihre Grundsätze zu opfern und gegen ihr politisches Gewissen zu handeln. Gerade weil grundsätzliche und Gewissensfragen für die Partei eingestandener Maaßen nicht vorhanden, für die Regierung dagegen nach ihrer wohlbegründeten und klar ausgesprochenen Ansicht nicht bloß wichtige politische Verpflichtungen, sondern geradezu die Einlösung einer im Namen des Königs gegebenen Zusage in Frage standen, — deshalb konnte und mußte die Regierung erwarten, daß die konservative Partei alle Bedenken von bloß praktischer Bedeutung, alle Zweckmäßigkeitsgründe bereitwillig von der Regierung entschieden in den Vordergrund gestellten höheren Rücksichten opfern würde.

Man darf annehmen, daß die große Mehrheit der konservativen Abgeordneten so gehandelt hätte, wenn nicht durch den Einfluß einzelner Parteiführer Täuschungen über die wirkliche Stellung der Regierung zur Sache verbreitet worden wären.

Während die Staatsregierung in voller Einmüthigkeit von vorn herein das Gewicht jener politischen Gründe mit größter Entschiedenheit geltend machte, wurde von jener Seite die völlig grundlose Meinung verbreitet: die Regierung nehme es gar nicht so ernst mit der Sache und werde es schließlich der konservativen Partei danken, wenn sie die Vorlage ablehne. Als sodann diesen und ähnlichen Behauptungen gegenüber ausdrücklich und wiederholt verkündet wurde, daß die Regierung an dem wesentlichen Inhalte ihrer Vorlage entschieden festhalte und in der Annahme oder Ablehnung derselben ein Zeichen dafür erblicken würde, inwieweit sie Seitens der einzelnen Parteien auf eine thatkräftige Unterstützung ihrer Gesamt-Politik zu rechnen habe, — war man von jener anderen Seite darauf bedacht, diese Kundgebungen der Regierungsansicht als nicht vorhanden mit Stillschweigen zu übergehen.

Nur bei gezielter Nichtbeachtung der Stellung der Staatsregierung zur Sache war es möglich, einen größeren Theil der Konservativen gerade in dieser Frage in Widerspruch mit den Absichten der Regierung zu bringen, und dadurch die Beziehungen der Regierung zur konservativen Partei augenblicklich zu erschüttern.

Aus den Mahnungen, welche der Minister-Präsident in den ersten Tagen der Berathung wiederholt an die konservative Partei gerichtet hat, ist unverkennbar, welchen Werth er mit der gesammten Regierung auf eine feste Unterstützung seitens dieser Partei legt.

Der bedauerliche Verlauf der Berathungen kann nicht verfehlen, auf die Verhältnisse der konservativen Partei im Abgeordnetenhaus einen erheblichen Einfluß zu üben, und zwar in der Richtung, daß die Aufgabe der Partei als einer zuverlässigen Stütze der Regierung wieder klar und entschieden zur Anerkennung und Geltung gelangt.

Wenn einzelnen Mitgliedern der konservativen Partei die Unterstützung der Regierungspolitik wirklich so schwere Bedenken verursacht, wie einer derselben in scharfer Weise ausgesprochen hat, so möchte es für die weitere Entwicklung jedenfalls gut sein, wenn die unzweifelhafte Mehrheit derer, welche der Regierung zuversichtlich und freudig folgen, ihre Schritte nicht ferner von der Gemeinschaft oder gar von der Führung jener bedenklichen Politiker abhängig machen.

Zunächst aber wird das Herrenhaus in der Frage selbst, um die es sich zunächst handelt, wohl von Neuem Zeugniß davon ablegen, daß die konservative Partei in Preußen in allen Fällen, wo es um des Gewissens halber möglich ist, der jetzigen Regierung gern und aufrichtig ihre Unterstützung gewährt.

Für das Herrenhaus sind jene Irrungen in Bezug auf die Bedeutung und die Folgen der diesmaligen Abstimmung, welche im Abgeordnetenhaus einen so bedenklichen Einfluß übten, nicht mehr möglich: die Erklärungen und das weitere Verhalten des Minister-Präsidenten haben nach allen Seiten völlige Klarheit darüber verbreitet, welche Bedeutung die Regierung der Angelegenheit